

Die Kommunikationspolitik der Sowjetunion

In sowjetischen Nachschlagewerken sucht man vergeblich nach dem Stichwort „Kommunikationspolitik“. Die Sache selber wird unter „Massenkommunikation“ behandelt. So heißt es u. a. in der „Großen Sowjetenzyklopädie“ (Bd. 15, 453): „... Massenkommunikation, systematische Verbreitung von Mitteilungen (durch Presse, Rundfunk, Fernsehen, Kino, Tonaufzeichnung, Bildaufzeichnung) unter einem zahlenmäßig großen, zerstreuten Auditorium mit dem Ziel der Bestätigung der geistigen Werte der jeweiligen Gesellschaft und der Unterstützung einer ideologischen, politischen, wirtschaftlichen oder organisatorischen Einflußnahme auf Urteile, Meinungen und das Verhalten der Menschen ...“

Die Massenkommunikation wird als „mächtige Waffe des geistig-politischen Kampfes, der sozialen Lenkung, der Regulierung der Beziehungen der sozialen Gruppen und der Kulturverbreitung“ bezeichnet. Im Kapitalismus ist sie „Waffe der herrschenden Klasse“, in der sozialistischen Gesellschaft ist sie dazu berufen, „die geistige und moralisch-politische Einheit der Gesellschaft zu festigen, mit der bürgerlichen Ideologie und Propaganda zu kämpfen, der Erziehung einer harmonisch entwickelten Persönlichkeit zu dienen“. Kommunikationspolitik ist also nach sowjetischer Auffassung Teil eines Erziehungs- und Lenksystems, in dem ihm eine entscheidende Funktion zufällt. In das Umfeld gehören z. B. auch Familienpolitik, Kirchenpolitik, Kulturpolitik.

Lenins Kommunikationstheorie

Sowjetische Veröffentlichungen zur Theorie und Praxis der Massenkommunikation führen die „Ahnenreihe“ bis auf Marx und Engels zurück. Doch stehen sie immer im Schatten Lenins, der angeblich als erster „die Probleme der Klassegebundenheit der Ideologie als wichtigste Kategorie des gesellschaftlichen Bewußtseins erarbeitet“ hat¹. Welcher Unterschied zwischen dem ursprünglich liberalen Pressekonzept von Marx und seiner späteren Hinwendung zu einer kämpferischen Gesinnungspresse besteht, kann hier nicht diskutiert werden. Zutreffend weist jedoch Koschwitz darauf hin, daß „die von Marx einst so stark herausgestellte Vermittlungsfunktion der Presse“ unter der Herrschaft des Sozialismus „in eine Führungs- und Leitungsfunktion umgewandelt werden mußte“².

In Rußland war die Presse als Staatsinstrument entstanden. Die Kommunikationspolitik der Zaren arbeitete mit eigenen Organen, mit Zensur und Verboten. Zeitweise

war der Rahmen jedoch weit gesteckt. So urteilt Birnbaum über die Zeit nach 1865, als die Zensur aufgehoben wurde: „Das hatte zur Folge, daß die russische Presse, soweit sie nicht offen zur Revolution aufforderte, ein halbes Jahrhundert fast dieselbe Freiheit genoß wie das Zeitungswesen westlicher Länder“ (Süddeutsche Zeitung, 24. 3. 1961). Die russische sozialdemokratische Partei forderte immer Rede- und Pressefreiheit, so auch in ihrem ersten Parteiprogramm (1903).

Das „eigentliche Fundament“ einer neuen Kommunikationstheorie und Politik hat Lenin geschaffen. Zwar forderte er auch Pressefreiheit. Aber seine Theorie von der Klassegebundenheit der Ideologie und des Staats sah die bürgerliche Presse als Säule der Ausbeuterordnung an, die vernichtet werden mußte. Lenins „aktionistisches Modell der permanenten Beeinflussung der Massen durch die Avantgarde der Arbeiterklasse“³ (d. h. die Partei) unterschied zwischen der Agitation (wenige Ideen für viele) und der Propaganda (viele Ideen für wenige). Man kann von einer Vorwegnahme der Zweistufen-Hypothese sprechen, wenn man für die „obere Stufe“ die Partei als berufenen Meinungsführer einsetzt.

Innerparteilich hat Lenin die Partei „neuen Typs“ mit der Presse „neuen Typs“ von Anfang an verbunden, als er 1901/1902 eine gesamtrussische Zeitung als kollektiven Propagandisten, Agitator und Organisator forderte. Das Organisationsstatut 1903 der Partei bestimmte sogar in Artikel 7: „Der Redaktion des Zentralorgans obliegt die ideologische Leitung der Partei.“ Der erbitterte Kampf der Parteiflügel um die Besetzung der Redaktion war eine Folge dieser Entscheidung. Lenin verfügte zwar über eine Kommunikationstheorie, jedoch nicht über das Modell einer Kommunikationspolitik in einer zukünftigen Gesellschaft. Klar war für ihn nur, daß zuerst die „konterrevolutionären Zeitungen“ vernichtet werden mußten. Im September/Oktober 1917 kündigte er deren sofortiges Verbot, die Beschlagnahme der Druckereien und die Verstaatlichung des Anzeigenwesens an.

Revolution und Vernichtung (1917–1921)

Die Stichworte für die Politik der Jahre des Kriegskommunismus 1917–1921 lauten: Oktoberrevolution, Sowjetmacht, Vernichtung oder Bekämpfung aller „konterrevolutionären“ Institutionen, Verstaatlichungen, Bürgerkrieg. Von einer koordinierten, planvollen Kommunikationspolitik kann man in jenen Jahren nicht sprechen. Sofort nach der Revolution (November 1917) begannen die Verbote von Zeitungen und Zeitschriften, wurden Druckereien beschlagnahmt, wurde das Anzeigenwesen verstaatlicht. Das am 10. 11. 1917 veröffentlichte Dekret der Sowjetmacht rechtfertigte die Maßnahmen. Die Verfassung der Russischen Föderativen Sowjetrepublik (1918) übergab „zwecks Sicherung der tatsächlichen Freiheit der Meinungsäußerung“ die technischen und materiellen Mittel zur Herstellung der Druckerzeugnisse den Arbeitern und der Landarmut, wie es hieß. Bis zum Herbst 1918 war die bürgerliche Presse vernichtet.

Gleichzeitig versuchte man, das Kommunikationssystem in die Hand zu bekommen. Um alle Bevölkerungsschichten zu erreichen, vor allem die große Zahl der Analphabeten, schickte man Agit-Züge ins Land, schuf volkstümliche Plakatserien, veranstaltete Massenschauspiele usw. Im Durcheinander des Bürgerkriegs konnte dies nicht planmäßig ablaufen, auch wenn eine Aufzählung der Maßnahmen es vortäuscht: 1917 Verstaatlichung des Anzeigenwesens, Gründung des Staatsverlags, Verwandlung der Petrograder Telegraphen-Agentur in ein Informationsorgan des Rats der Volkskommissare; 1918 Schaffung des Revolutionären Pressetribunals, Verwandlung der Nachrichtenagentur in eine Agitationszentrale; 1919 Ausbau des Staatsverlags zur zentralen Presseverwaltung; 1921 Einrichtung von Einjahreskursen für Journalisten.

Das Ziel hatten Bucharin und Preobraschensky in ihrer Erläuterung zum zweiten Parteiprogramm (1919) so angegeben: „Die staatliche Propaganda des Kommunismus wird letzten Endes zum Vernichtungsfeldzug jeder Spur bürgerlichen Bewußtseins und zur mächtigen Waffe für die Schaffung einer neuen Ideologie, einer neuen Weltanschauung.“ Erst ab September 1920 begann eine ZK-Abteilung für Agitation und Propaganda Kommunikationspolitik zu planen, 1921 erhielt sie eine Unterabteilung für die Presse. Im gleichen Jahr 1921 wurden die aufständischen Matrosen von Kronstadt blutig niedergeworfen, die freie Wahlen, Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit gefordert hatten. Im gleichen Jahr wagte Genosse G. Mjasnikow, Pressefreiheit zu fordern. Lenin wies dies im August 1921 empört zurück mit dem Hinweis, die Bourgeoisie sei noch nicht vernichtet: „Ihr noch eine solche Waffe zu geben wie die Freiheit der politischen Organisation (= Pressefreiheit, denn die Presse ist Mittelpunkt und Grundlage der politischen Organisation) hieße, dem Feind die Sache zu erleichtern, hieße, dem Klassenfeind zu helfen“ (Werke, Bd. 32, 528 f.).

1921 lag das Informations- und Meinungsmonopol in der Hand der Partei. Die Presse hatte zwar wieder zugenommen, war jedoch ungeordnet und wurde kostenlos verteilt; sie lebte nicht vom Leser. Die folgenden Zahlen sind unsicher: 1913: 1055 Zeitungen, 1472 Zeitschriften; 1918: 884 Zeitungen, 753 Zeitschriften; 1921: 1294 Zeitungen, 856 Zeitschriften. Werfen wir noch einen Blick auf andere Bereiche. Das einzige frei gewählte Parlament Rußlands war 1918 auseinandergejagt worden. Der antikirchliche Kampf richtete sich zuerst gegen die orthodoxe Kirche, der man u. a. die Schulen fortnahm. Im Erziehungs- und Schulwesen begann eine Phase der Experimente. Der blutige Terror der Tscheka diente sowohl der Ausrottung wie der Einschüchterung.

Medienpyramide in der Hand der Partei (1921–1928)

Die Stichworte für die Politik der Jahre der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) 1921–1928 lauten: Teilweise Zulassung von Privathandel und Privatwirtschaft, Gründung der Sowjetunion, Machtkampf zwischen Stalin und Trotzki, Sieg Stalins und der Parteibürokratie, Proklamierung des „Sozialismus in einem Land“. Die Kommunika-

tionspolitik in den NEP-Jahren ist gekennzeichnet durch den Aufbau einer Medienpyramide in der Hand der Partei und das Abwürgen der innerparteilichen Diskussion.

Privatverlage durften in der NEP Druckerzeugnisse verbreiten. Allerdings übte die 1922 geschaffene Zensurbehörde GLAWLIT eine Vorzensur aus. Die Partei erweiterte ihren Medienlenkungsapparat ständig. Der Rundfunk, der 1924 mit dem Sendebetrieb begonnen hatte, wurde bereits 1925 in den Weisungsstrang eingeordnet. Der XIII. Parteitag (1924) forderte in einer Resolution „Über die Agitations- und Propagandarbeit“: „Der Film muß in den Händen der Partei ein wirksames Mittel zur kommunistischen Aufklärung und Agitation sein . . . Bis jetzt ist es der Partei nicht gelungen, den Film genügend zu nutzen . . .“ Seit 1924 bildeten Journalistenschulen Parteimitglieder aus. 1925 wurde aus der Nachrichtenagentur die TASS mit Unteragenturen in den Unionsrepubliken. Mehr und mehr trat die „faktorische“ (informatorische) hinter der „schöpferischen“ (agitatorischen) Nachricht zurück.

Die Presse war durch die Wiedereinführung des Verkaufs fast vernichtet worden; Ende August 1922 gab es noch 300 Zeitungen. Subventionen, Kampagnen, Erforschung der Leserinteressen, Einsatz der Arbeiter- und Bauernkorrespondenten, Schaffung eines „Tages der Presse“ (5. Mai) retteten sie. 1923 forderte das Fachorgan „Journalist“ (Nr. 3, 3 f.) eine Differenzierung der Presse für „alle Schichten der Gesellschaft in unterschiedlicher Form, aber in der einen kommunistischen Sprache“. Im gleichen Jahr ordnete eine Resolution des XII. Parteitags eine Aufgliederung der Presse entsprechend der territorialen Gliederung der UdSSR (Zentralzeitungen, Gebietszeitungen usw.) an. Der Kampf gegen das Analphabetentum, die Schaffung von Schriftsprachen für asiatische Völker war verbunden mit der Gründung von Zeitungen in den Sprachen der Völker der UdSSR: „Zeitungen und Zeitschriften, als Organe zur politischen Erziehung und zur Vereinigung der Massen, waren gleichzeitig ihre ersten Lehrer.“⁴ 1925 gab es 589 Zeitungen, davon 141 für Bauern, 76 für Arbeiter, 72 für den Komsomol, 17 für die Armee. 153 Zeitungen erschienen in nichtrussischen Sprachen.

In den zwanziger Jahren wurden wichtige Zentralzeitungen (z. B. für Gewerkschaft, Jugend, Armee) und Zeitschriften geschaffen (z. B. Parteiorgan „Bolschewik“, heute „Kommunist“; Illustrierte „Ogonjok“; satirische Zeitschrift „Krokodil“), die heute als „Miterbauer des Sozialismus“ auf dem Titelblatt ihre Orden zeigen. 1928 erschienen 1197 Zeitungen (Auflage 9,45 Millionen) und 2074 Zeitschriften.

Der Rundfunk steckte noch in den Kinderschuhen. 1928 gab es 92 000 Empfänger. Die Entscheidung für seine zentrale Lenkung wurde 1928 durch die Übertragung seiner Leitung an das Volkskommissariat für Post- und Fernmeldewesen besiegelt. Ein bedeutungsvolleres Filmschaffen hatte erst 1921 begonnen. Einige Meisterleistungen (z. B. „Panzerkreuzer Potemkin“, 1925, von Eisenstein; „Sturm über Asien“, 1928, von Pudowkin) konnten entstehen, weil man – ähnlich wie in der schönen Literatur – einen größeren Freiheitsraum gewährte. N. Bartel urteilt: „Filmhersteller und Parteifunktionäre waren sich einig, daß die ideologische Tendenz mit Rücksicht auf das Ausland zurückgedrängt werden mußte“ (Osteuropa, 1956, Nr. 6, 394). Erst 1928 berief die

Agitpropabteilung des ZK eine Allunionsversammlung der Partei zu Fragen der Kine-matographie ein. R. Hotz stellt fest: „Das Ende der NEP-Periode bedeutete zugleich das Ende einer der größten Epochen des sowjetischen Films, dessen Blüte zu so viel Hoffnungen Anlaß gegeben hatte“ (Erdkreis, Juli 1969, 280).

Mit dem Ende der NEP-Periode verschwanden die Privatverlage wieder. Die Partei war allein Herr der Kommunikationspolitik, verfügte über einen hierarchisch geglieder-ten Medienapparat. Aber auch innerhalb der Partei war der Diskussionsspielraum im-mer enger geworden. Im Machtkampf Stalins nach Lenins Tod (1924) hatte sich z. B. die „Leningrader Prawda“ noch gegenüber einer Entscheidung des XIV. Parteitags (1925) kritisch geäußert und verlor daraufhin ihre Redaktion. 1928 konnte zum XV. Parteitag nur noch eine Diskussionsbeilage zur „Prawda“ erscheinen, dann wurde der letzte Rest der innerparteilichen Diskussion abgewürgt.

Noch einen knappen Blick auf das Umfeld: Die russisch-orthodoxe Kirche durfte nach dem Tod des Patriarchen Tichon keinen neuen Patriarchen wählen. Das Regime förderte eine Spaltergruppe. Metropolit Sergij veröffentlichte – aus der Haft entlassen – im Jahr 1927 eine Loyalitätserklärung gegenüber der Sowjetmacht, ohne daß dadurch die Verfolgung der Kirche nachließ. Der Islam wurde geschont, da sich die Sowjetmacht in Asien noch nicht sicher fühlte. Hingegen wurde die katholische Kirche rigoros ver-folgt, die Kontakte zum Heiligen Stuhl rissen ab. Der vom Staat geförderte „Verband der kämpfenden Gottlosen“ (1925) beteiligte sich rege an der Kommunikationspolitik.

Das Schul- und Erziehungswesen war weiter durch Experimente gekennzeichnet; am bekanntesten ist hierbei Makarenkos pädagogisches Konzept geworden. In die Lite-raturpolitik hatte sich die Partei 1925 durch eine Resolution eingeschaltet; 1928 beschloß sie die Unterstützung der „Hegemonie der proletarischen Linie in der Literatur“. Aus der Tscheka war die OGPU geworden. Unter ihrer Leitung wurde auf den Solowki-Inseln das erste KZ geschaffen. Solschenizyn hat dies im „Archipel Gulag“ (Folgeband, 26 ff.) in dem Kapitel „Der Archipel steigt aus dem Meer auf“ beschrieben: Ende der zwanziger Jahre begann „der auf den Solowki geborene und herangereifte Archipel ... seine bössartige Ausbreitung über das Land“.

„Revolution von oben“ und Terror (1928–1940)

Die Stichworte für die Politik dieses Zeitabschnitts lauten: Alleinherrschaft Stalins, Bürokratie, „Revolution von oben“, Sozialismus in einem Land, Sowjetpatriotismus, Kollektivierung, Fünfjahrespläne, Säuberung, Stalin-Hitler-Pakt, Überfall auf Finn-land. Die Beschreibung der Kommunikationspolitik wird einfach, denn sie arbeitet mit einem zentral gelenkten Apparat, der bürokratisch-hierarchisch ausgebaut wird. Dabei tritt sogar das ZK mit seinen Abteilungen für Agitation und Propaganda zurück hinter Stalins Privatkanzlei. Von dort liefen die Weisungen über das ZK und die Partei-gliederungen, die Zensurbehörde GLAWLIT und ihre Unterbehörden, schließlich über

die Medienhierarchie nach unten – ein miteinander verschlungenes, sich gegenseitig überwachendes System.

Soziologie und Meinungsforschung verschwanden, die ständig geforderte „Kritik und Selbstkritik“ durfte sich nur nach unten auswirken, die „öffentliche Meinung“ wurde von oben festgelegt, das Zensursystem umfassend ausgebaut. Verbindlicher ideologischer Katechismus wurde der 1938 veröffentlichte „Kurze Lehrgang. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“. Gleichzeitig wurde die Presse Teil des politischen und ideologischen Oberbaus. Die hierarchische Gliederung stellte die „Prawda“ und den „Bolschewik“ als ideologische Leitorgane an die Spitze. Als Stalin in Zeitschriften Opposition vermutete, wurde 1931 eine Reihe von Zeitschriften eingestellt. Die Proklamierung des „Sozialistischen Realismus“ (1932) legte die Schriftsteller, damit auch die literarischen Journale, auf „positive“ Literatur fest. So sank die Zahl der Zeitschriften (1928: 2074 mit einer Jahresgesamtauflage von 303,1 Millionen) auf 1822 mit 254,4 Millionen im Jahr 1940.

Die Zeitungspyramide hingegen wuchs, aufgegliedert, abgestuft auf 8806 Zeitungen im Jahr 1940 mit einer Auflage von 38,36 Millionen. Ihr Inhalt war allerdings ein unvorstellbar eintöniges Gemisch von Wettbewerben, Feindkampagnen, Stalinverherrlichung. Die Verfassung des Jahres 1936 sicherte in Artikel 125 „in Übereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen und zum Zweck der Festigung des sozialistischen Systems“ Rede- und Pressefreiheit zu. Mit der Wirklichkeit hatte dies nichts zu tun, zumal zur gleichen Zeit die Stalinsche Säuberung allen den Mund verschloß. Der Säuberung fielen auch zahlreiche Journalisten und Publizisten zum Opfer. Sieben kommunistische Institute, die nur Partei- und Komsomolmitglieder aufnahmen, bildeten den Nachwuchs aus.

Die zentral betriebene Ausweitung des Rundfunks sollte vor allem die ländliche Bevölkerung erreichen, hatte ihre Hörerschaft jedoch überwiegend in den Städten. Die Zahl der Rundfunkstationen wuchs von 23 (1928) auf 100 im Jahr 1940. Das Programm löste sich von der simplen Zeitungsnachahmung. Unter den 7 Millionen Empfangsgeräten, die es 1940 gab, waren 5,8 Millionen Drahtfunkempfänger, also auf ein eingeschaltetes Programm festgelegt. Das Filmwesen wurde immer mehr an die Leine gelegt, bis es ab 1938 von einem Filmkomitee, das dem Rat der Volkskommissare unterstellt war, gelenkt wurde. Die Themen schrieb der „Sozialistische Realismus“ plus „Sowjetpatriotismus“ vor. In den Vorkriegsjahren wurden pro Jahr etwa 40 Spielfilme hergestellt.

Werfen wir wieder einen knappen Blick auf das Umfeld: Ende der dreißiger Jahre gab es keine religiöse Gruppierung mehr, die über eine geordnete Leitung, eine Priesterausbildungsstätte, eine auch nur notdürftige Seelsorge verfügte. Die Gottlosenbewegung hatte sich zu einer Millionenorganisation entwickelt. Seit 1932 war Schluß mit den pädagogischen Experimenten, die „Buchschule“ und „Lernschule“ wurde überall durchgesetzt. Die Ehe- und Familienpolitik, die einst die Macht der Kirche brechen und die Frau emanzipieren sollte, hatte sich nicht bewährt. So ließ man die Theorie vom Absterben der Ehe verschwinden. 1936 wurde die Abtreibung verboten; der Staat förderte

von nun an Mutterschaft und stabile Ehen. Der Terror der Kollektivierung betraf Millionen Bauern. Die blutige Säuberung, die 1934 nach der Ermordung des Leningrader Parteisekretärs Kirow begann, erfaßte alle Schichten der Bevölkerung. Es gab fast keine Familie, die nicht betroffen wurde.

Kampf mit patriotischen Parolen (1940–1945)

Die Stichworte für die Politik dieses Zeitabschnitts lauten: Verteidigungskrieg gegen Hitlers Angriff, Auflösung der Internationale, Sieg unter patriotischen Parolen. Die Kommunikationspolitik war gekennzeichnet durch die Kriegssituation, die teilweise Vernichtung des Medieninstrumentariums, verstärkten Einsatz des Rundfunks, besondere Förderung der Publikationen für die Streitkräfte, durch das Zurücktreten der ideologischen Parolen.

Das nationalsozialistische Regime war nach dem Hitler-Stalin-Pakt (1939) nicht mehr attackiert worden. Nach dem deutschen Überfall setzte man „deutsch“ mit „faschistisch“ und „unmenschlich“ gleich. Parteiparolen traten hinter patriotischen zurück. Die bisherige Staatshymne der UdSSR (Internationale) wurde 1943 durch eine Nationalhymne ersetzt, die das „Große Rußland“, das „Vaterland“ zusammen mit Lenin und Stalin verherrlichte. In der Notlage honorierte das Regime die patriotische Haltung der orthodoxen Kirche und ließ die Publikationen des Gottlosenverbands einstellen. Im Verlauf des Kriegs kamen panslawistische Parolen zu den patriotischen.

Das rasche Vordringen der Wehrmacht vernichtete wahrscheinlich die Hälfte des sowjetischen Rundfunknetzes. Mit Kriegsausbruch mußte die sowjetische Bevölkerung die Ätherempfänger abliefern. 1942 soll es noch 3627 Zeitungen, 1943 noch 350 Zeitschriften gegeben haben. Der Rundfunk mußte einen Teil der Aufgaben der Presse übernehmen. Seine Leistung wurde nach Kriegsende durch Einführung eines „Tages des Rundfunks“ gewürdigt. Die Kriegseignisse erschwerten natürlich eine planvollgeordnete Lenkung der Massenmedien. Niemals hat jedoch die Staatspartei das Instrumentarium aus der Hand gegeben.

Werfen wir wieder einen Blick auf das Umfeld: Die Lage der religiösen Gruppierungen besserte sich in der Not des Kriegs, die russisch-orthodoxe Kirche durfte wieder einen Patriarchen wählen. In der Literatur konnten, bedingt durch das Bewußtsein, überfallen worden zu sein, angesichts der unvorstellbaren menschlichen Not Schriftsteller wieder glaubwürdiger schreiben. Der Stabilisierung der Familie diente das Dekret aus dem Jahr 1944, das eine Scheidung nur auf Grund eines Gerichtsbeschlusses möglich machte.

Der blindwütige Terror der Säuberung war Ende der dreißiger Jahre abgeflaut. Nach Kriegsausbruch wurden ganze nationale Gruppen verschleppt und so teilweise vernichtet, u. a. die Krimtataren, die Tschetschenen-Inguschen, die Wolgadeutschen. Von sowjetischer Seite wird behauptet, der Große Vaterländische Krieg habe die enge Ver-

bindung des Sowjetvolks mit Staat und Partei bewiesen; als Musterbeispiel führt man zumeist die heldenhafte Verteidigung Leningrads an. Es lassen sich zahlreiche Gegenbeispiele anführen bis hin zu den Einheiten aus Sowjetbürgern, die auf deutscher Seite fanatisch kämpften – nicht zu vergessen die Armee des ehemaligen sowjetischen Generals Wlassow. Zumindest machte sich bei Kriegsende „in Rußland eine neue, lang verlorene Sehnsucht nach Freiheit und eine ebenso ungewohnte Neugier nach den Vorgängen in der weiten Welt“ bemerkbar⁵.

Neubelebung des „bolschewistischen Bewußtseins“ (1945–1953)

Die Stichworte für die Politik in diesem Zeitabschnitt lauten: Wiederaufbau, Annexionen, Schaffung abhängiger Staaten, Bruch mit Jugoslawien, kalter Krieg. In der Kommunikationspolitik ging es vor allem darum, das „bolschewistische Bewußtsein“ wiederzubeleben, das Instrumentarium der Massenkommunikation wieder voll funktionsfähig zu machen. Hierzu gehörte auch die völlige Anpassung und Einpassung der Massenmedien in den neuen Gebieten der Sowjetunion. Das Schema hierfür begann – wie einst im Kriegskommunismus – mit der Vernichtung der unerwünschten Medien.

Eine nicht abreißende Kette von ZK-Erlassen dokumentiert, wie energisch man die Massenmedien wieder disziplinierte. Ein ZK-Beschluß, der zwei Leningrader Zeitschriften rüffelte, leitete die kulturpolitische Kampagne gegen die „Katzbuckelei vor dem Westen“ ein, die vom obersten Kulturfunktionär Schdanow geleitet wurde. Eine Reorganisation des ZK-Sekretariats im Jahr 1948 legte der Agitpropabteilung die Ernennung aller leitenden Funktionäre im Bereich der Medien, der Kunst und Wissenschaft, in Propaganda und Agitation in die Hand. Die Journalistenausbildung, die im Krieg stagnierte, erreichte bis zum Tod Stalins etwa den Stand der dreißiger Jahre.

Die Presse – nach wie vor das wichtigste Medium – erreichte mühsam wieder den Vorkriegsstand, unverändert in Hierarchie und Differenzierung. Allerdings verlagerte sich der Schwerpunkt zu den zentralen 20 Allunionszeitungen, denen 1954 38 Prozent der Jahresgesamtauflage zufielen. Für Agitatoren und Propagandisten wurde eine neue Zeitschriftenart geschaffen, die „Notizen für den Agitator“. 1945 erschienen 6455 Zeitungen (Auflage 23,2 Millionen), 1954 7108 (Auflage 46,9 Millionen); 1945 erschienen 657 Zeitschriften (Jahresgesamtauflage 72,7 Millionen), 1954 1718 (Jahresgesamtauflage 306,4 Millionen).

Beim Rundfunk wuchs die Zahl der Empfangsgeräte von 5,5 Millionen im Jahr 1945 auf 22 Millionen im Jahr 1954; 1954 strahlten 120 Rundfunkstationen Sendungen aus. Das Fernsehen befand sich noch im Aufbau. Insgesamt war der Inhalt der Massenmedien wieder von furchtbarer Eintönigkeit, durchsetzt mit einer fast kultischen Verherrlichung Stalins. Zwischen 1946 und 1952 beschäftigten sich 600 Bücher und sonstige Druckerzeugnisse in einer Auflage von 20 Millionen Stück mit Stalins Reden und Aufsätzen. Eine besondere Rolle spielte hierbei Stalins Artikel über die Linguistik (1950).

Die Lockerung der Zensur hatte im Zweiten Weltkrieg die Qualität der Filme erheblich gesteigert. Sofort nach Kriegsende wurde der „Sozialistische Realismus“ wieder Befehl und Richtschwert, ihm fiel auch gleich der noch im Krieg von Eisenstein gedrehte zweite Teil des Films „Iwan der Schreckliche“ zum Opfer. Helden des Kriegs und der Arbeit, patriotische Erfinder und große Russen der Vergangenheit, edle Parteifunktionäre, faschistische Untermenschen und viele, viele böse Amerikaner füllten die Leinwände.

Werfen wir einen Blick auf das Umfeld. Die russisch-orthodoxe Kirche konnte mit über 20 000 Priestern wieder Gottesdienste abhalten. Allerdings wurde sie vom Regime in die sowjetische Außenpolitik eingespannt und reichte ihre Hand zur Vernichtung der unierten Kirche. Angesichts des religiösen Interesses in der Bevölkerung schufen die Machthaber 1947 eine kaschierte Nachfolgeorganisation des einstigen Gottlosenverbands „Die Gesellschaft zur Verbreitung politischer und wissenschaftlicher Kenntnisse“. Im Krieg war die Erziehungs- und Schulpolitik durch Maßnahmen zur Leistungs- und Disziplinsteigerung verhärtet worden. Bis zum Tod Stalins blieb die Schule eine reglementierte Lehranstalt mit fast militärischer Disziplin. Schdanows Kulturpolitik ist erwähnt worden. Sie raubte den einen das Leben (darunter vielen jüdischen Schriftstellern), andere zwang sie zum Schweigen, wieder andere mußten ihre Kriegsromane umschreiben, um die Führungsrolle der Partei besser herauszuarbeiten.

Der Terror der Geheimpolizei traf vor allem Sowjetsoldaten, die in deutscher Gefangenschaft gewesen waren, ehemalige Ostarbeiter, Sowjetbürger, die im besetzten Gebiet geblieben waren, Intellektuelle in den neuen sowjetischen Gebieten. Solschenizyn hat vor allem im ersten Band seines „Archipel Gulag“ die endlose Reihe von Aburteilungsgründen an Beispielen gezeigt. Die sogenannte Leningrader „Ärzteverschwörung“ (Ende 1952) deutete den Beginn einer neuen Säuberung an. Stalins Tod beendete diese neue Bedrohung. Als Stalin starb, befand sich die Kommunikationspolitik in bürokratisch-ideologischer Erstarrung.

Meinungslenkung und Meinungsforschung (1954–1964)

Die Stichworte für die Politik in diesem Zeitraum lauten: Von der kollektiven Führung zur Machtposition Chruschtschows, Verurteilung des Stalinschen Personenkults, Tauwetter, drittes Parteiprogramm, Wirtschaftsdezentralisierung und Umgliederung der Partei, Neulandkampagne, Proklamierung der friedlichen Koexistenz, Polyzentrismus, Bruch mit der Volksrepublik China. Der Tod Stalins zog in allen Bereichen Änderungen nach sich, so auch in der Kommunikationspolitik. Indoktrination und Einschüchterung hatten nicht den erwünschten „neuen Menschen“ hervorgebracht. Um die Effizienz der Kommunikationspolitik zu erhöhen, bemühte man sich darum, die Meinungen und Bedürfnisse der Bevölkerung kennenzulernen und sie besser zu berücksichtigen. Das „Tauwetter“ in der Literatur gewährte – jedenfalls im Vergleich zur

Stalinzeit – einen Freiraum, der vor allem den „dicken Zeitschriften“ zugute kam. Allerdings wurde es mehrfach durch Frost unterbrochen.

An die Stelle der Einmannleitung der Kommunikationspolitik trat die Leitung durch die Parteispitze, in der unterschiedliche Gruppen mit unterschiedlichen Vorstellungen „ihre Medien“ einsetzten. Deutlich wurde dies vor allem in den unterschiedlichen Positionen der Zeitschriften „Novy mir“ und „Oktjabr“. Ungeachtet dessen hat die Parteispitze niemals das Instrumentarium der Massenmedien aus der Hand gegeben: „Obwohl die Periode nach Stalins Tod den öffentlichen Informationskanälen mehr Farbe und Unterschied gebracht hat, blieb ihre Grundfunktion so, wie sie von Lenin formuliert worden war: sie sind Parteiinstrumente einer offenkundig intensiven, eindeutigen politischen Sozialisation oder Indoktrination.“⁶

Die folgende Aufzählung von Maßnahmen zeigt, wie man die Massenmedien im Griff behielt. Es ist dabei interessant, daß zwar die ZK-Erlasse für die Presse von 1953 bis 1964 fortliefen, jedoch erst, nachdem sich Chruschtschow im Machtkampf durchgesetzt hatte (1958), organisatorische Maßnahmen sichtbar werden: Seit 1958 Förderung des „individuellen Abonnements“; 1959 Gründung des Journalistenverbands; 1960 rüffelt das ZK Rundfunk und Fernsehen wegen des schlechten Programms; 1961 Gründung der Nachrichtenagentur NOVOSTI für die Auslandspropaganda; 1962 Liquidierung der Rayonpresse; 1962 Schaffung des Staatlichen Komitees des Ministerrats für Rundfunk und Fernsehen; 1963 Schaffung des Staatlichen Komitees des Ministerrats für das Druckwesen.

Die Presse sollte sich stärker an den Wünschen der Leser orientieren. Gleichzeitig allerdings stieg die Bedeutung der Allunionszeitungen, 1964 verfügten die 23 Zentralzeitungen über 48 Prozent der Jahresgesamtauflage. Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Umstrukturierung wurden innerhalb weniger Jahre rund 4000 Rayonzeitungen eingestellt. So sank die Zahl der Zeitungen bis 1964 auf 5067, die Auflage stieg auf 88 Millionen. Den literarischen Zeitschriften fiel im „Tauwetter“ eine besondere Rolle zu. Sie veröffentlichten eine Reihe von kritischen Beiträgen (so z. B. 1954 Ehrenburgs „Tauwetter“; 1962 Solschenizyns „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch“). Gleichzeitig jedoch vermehrte die Partei die ideologischen Organe. Schließlich zeigt das Ansteigen der Zahl der Zeitschriften auf 3833 im Jahr 1964 (Jahresgesamtauflage 1217,7 Millionen), daß stärker differenziert und spezialisiert wurde. Im Rahmen einer neuen antikirchlichen und antireligiösen Kampagne erschien 1959 die Zeitschrift „Nauka i religija“ (Wissenschaft und Religion). Die Journalistenausbildung wurde zunehmend akademisiert. 1962 bildeten 18 Universitäten Journalisten aus.

Seit 1960 kümmerte sich die Partei wieder voll um Rundfunk und Fernsehen. Es ging einmal um ein „ideologisch“ besseres Programm, zum anderen um die zentrale Lenkung des Fernsehens, das bis dahin weniger reglementiert worden war. Seit 1960 strahlte Moskau sein Rundfunkzentralprogramm rund um die Uhr aus. Das Programm wurde vielgestaltiger. Besonders beliebt ist das seit 1964 ausgestrahlte Programm „Majak“ (Leuchtturm) mit leichter Musik und Kurznachrichten. 1963 gab es zum

erstmals mehr Ätherempfänger (35,2 Millionen) als Drahtfunkempfänger (34,6 Millionen). Die Transistorradios begannen ihren Siegeszug auch in der Sowjetunion. Unter den rund 400 Rundfunkstationen stellten im Jahr 1964 etwa 130 Programme her. Einen enormen Aufschwung hatte das Fernsehen genommen (1954: 3 Programmsender und 400 000 Empfänger, 1964: 115 Programmsender und 12,9 Millionen Empfänger). Planmäßig wurden das Fernhsehtz und das Fernsehprogramm nun zentral von Moskau aus ausgebaut und dirigiert.

Nach Stalins Tod überraschten die sowjetischen Filmstudios mit einer Reihe künstlerisch bedeutender Streifen, die nicht mehr in den bisherigen Rahmen des „Sozialistischen Realismus“ hineinpaßten (z.B. Kalatosows „Wenn die Kraniche ziehen“ im Jahr 1957; Tschuchrajs „Klarer Himmel“ im Jahr 1961). Bereits im September 1954 warnte daraufhin das Fachorgan „Iskusstwo kino“, man falle nun offensichtlich ins andere Extrem. Natürlich wagte nur ein Teil der Regisseure neue Wege, jedoch stieg die Zahl der produzierten Spielfilme von 17 im Jahr 1953 auf 106 im Jahr 1961 und 131 im Jahr 1965. 34 Filmstudios stellten diese Filme her, zumal inzwischen das Fernsehen einen steigenden Bedarf hatte. 1963 urteilt H. Hoffmann über den Liberalisierungsstopp für Regisseure: „Theoretisch gilt der Liberalisierungsstopp durch die Reden und Forderungen von Chruschtschow und Iljitschow als beschlossen. In der Praxis gibt es ihn (noch) nicht“ (Film, 1963, H. 4, 68).

Werfen wir wieder einen Blick auf das Umfeld: Im Kampf um den neuen Menschen leitete Chruschtschow 1958/1959 eine neue Kampagne gegen Kirche und Religion ein. Die Politik der Repressalien nahm der orthodoxen Kirche bis 1964 rund 10 000 (von 20 000) Kirchen. Von rund 70 Klöstern blieben bestenfalls 15, von acht Priesterseminaren blieben drei. In der Bildungspolitik versuchte man, in den Schulen den polytechnischen Unterricht einzuführen; von den Studenten verlangte man eine zweijährige Arbeitspraxis. Bereits 1963 wurde jedoch die Polytechnisierung der Mittelschule kritisiert. Im Mittelpunkt der Erziehungsarbeit blieb, wie es der „Sittenkodex der Erbauer des Kommunismus“ formulierte: „Treue zur Sache des Kommunismus, Liebe zur sozialistischen Heimat“. Nach 1954 erwachte die Familiensoziologie zu neuem Leben. Der Streit, der seit 1958 darüber entbrannte, ob gesellschaftliche Erziehung der Kinder oder Familienerziehung, mündete vorerst in der Formel von der „organischen Einheit“ beider. Nach Stalins Tod war Berija erschossen, war die Geheimpolizei ihrer Selbständigkeit beraubt worden. Nach dem XX. Parteitag (1956) wurden Millionen Häftlinge entlassen, Opfer des Stalinschen Terrors wurden teilweise rehabilitiert. Die Untersuchungsrichter, Gefängnis- und Lagerchefs blieben unbehelligt. Die Geheimpolizei existierte weiter, es gab weiter Lager und politische Gefangene. Die neuen Opfer erlebten kaum Veränderungen in den Lagern. Aber es hatte sich etwas grundsätzlich verändert. Zahlreiche Intellektuelle hatten auf eine konsequente Fortsetzung der Entstalinisierung des Tauwetters gehofft. Enttäuscht (man denke an den Fall Pasternak) verbreiteten sie seit 1959 im Samisdat Zeitschriften mit kritischen Beiträgen. So entstanden Gegenmedien, außerhalb der offiziellen Kommunikationspolitik und gegen sie.

Zuspitzung des „ideologischen Kampfes“ (1964–1977)

Die Stichworte für die Politik in diesem Zeitraum lauten: Erneute Zentralisierung der Wirtschaft und Wirtschaftsreformen, Einstellung der Entstalinisierung, Beharren auf der Hegemonialrolle in Osteuropa, Entspannungspolitik zur Vermeidung eines Kriegs und als Fortsetzung des Klassenkampfes. Die Kommunikationspolitik ist gekennzeichnet durch die Disziplinierung der Massenmedien und der Öffentlichkeit, Ausweitung und Verbesserung der Medien, Anwachsen der Bedeutung der Gegenmedien, Abschirmung gegen einen freien Informationsfluß.

Bereits bei der Absetzung Chruschtschows (1964) wurde dessen Kommunikationspolitik gerügt. Die Entstalinisierung wurde gestoppt (1965). Die entscheidenden Positionen des Propaganda- und Medienapparats wurden mehrfach – bis 1970 – neu besetzt. Die Staatskomitees für das Druckwesen, Fernsehen und Rundfunk, für das Filmwesen wurden erst herabgestuft, dann (1970–1972) wieder angehoben. Das ZK lenkte durch eine Serie von Beschlüssen die Entwicklung. Der Leiter der Propagandaabteilung des ZK, Stepakow, verglich zutreffend 1967 das „System der Propaganda“ mit einem Orchester. Die bisher letzten ZK-Beschlüsse zum Bereich der Kommunikationspolitik im ersten Vierteljahr 1977 befassen sich mit der Steigerung der Bedeutung der mündlichen politischen Agitation und dem Einsatz der Massenmedien durch das Gebietspartei Komitee von Tomsk. Alle ZK-Beschlüsse der jüngsten Zeit fordern von der Partei, den Journalisten und Medien Steigerung der Arbeitsleistung und Erhöhung des ideologischen Bewußtseins. Inhalt und Programme wurden wieder einförmiger, ohne allerdings den Stumpfsinn der Stalinschen Zeit zu erreichen. Gleichzeitig entwickelte sich ein Breschnew-Kult, der vorerst zu seinem 70. Geburtstag einen Höhepunkt fand. Unter weiterer Förderung des „individuellen Abonnements“ – bei anhaltendem Papiermangel – stieg die Zahl der Zeitungen bis 1976 auf ca. 8100 (beim Vergleich mit den vorherigen Angaben müssen etwa 950 Kolchoszeitungen abgezogen werden, die sonst nicht mitgerechnet sind) mit einer Auflage von 165 Millionen. An der Spitze steht in Hierarchie und Auflage die „Prawda“ mit 10,6 Millionen (1976). Die Zeitungen erscheinen in 58 Sprachen der Völker der Sowjetunion und in 9 Auslandssprachen.

Die Zeitschriftenpresse scheint seit 1974 nicht zugenommen zu haben. 1974 erschienen 7124 Zeitschriften mit der Jahresgesamtauflage von 3,009 Millionen Exemplaren (die Auflage ist jedoch sicherlich gestiegen). Diese Periodika erschienen in 48 Sprachen der Völker der Sowjetunion und in 25 Auslandssprachen. Der Löwenanteil der Presse erscheint in russischer Sprache. 1974 erschienen 80,8 Prozent der Zeitungspresse und 79 Prozent der Zeitschriftenpresse (jeweils Jahresgesamtauflage) in russischer Sprache. 1971 protestierten 17 lettische Kommunisten gegen die von Moskau betriebene Nationalitätenpolitik, gegen die Tatsache, daß die Hälfte der Periodika in Lettland russisch erschien, daß zwei Drittel der Rundfunk- und Fernsehprogramme in russischer Sprache ausgestrahlt wurden.

Bei ständiger Ausweitung des Rundfunkkabelnetzes und durch den Einsatz von Nach-

richtensatelliten wurde die UdSSR „voll radiofiziert“. 1974 stellten 160 Studios Programme her, gab es 520 Rundfunkstationen, 60 Millionen Ätherempfänger und mehr als 50 Millionen Drahtfunkempfänger. Das Moskauer Zentralprogramm, aufgegliedert in fünf Programme, wird täglich in 150 Sendestunden ausgestrahlt. Die durchschnittliche tägliche Sendedauer in der UdSSR beträgt 1040. Die Programme werden in 67 Sprachen der Völker der Sowjetunion und in 70 Auslandssprachen ausgestrahlt. Seit 1967 gibt es in der UdSSR Farbfernsehen. 1976 strahlten 6 Studios täglich 20 Stunden in Farbe aus. Das Zentralfernsehen strahlte 1976 sechs Programme aus. Die Zahl der Programmstationen hat offensichtlich abgenommen (1974: 132; 1976: 130). Das sowjetische Fernsehen strahlt täglich 1900 Stunden aus, wird von ca. 54 Millionen Geräten empfangen. Drei Viertel der Bevölkerung werden vom Fernsehen erreicht. In den letzten Jahren wird zunehmend die Frage der Wirksamkeit, des Schadens für die Kinder, der Ablenkung von gesellschaftlichen Verpflichtungen diskutiert und untersucht. Untersuchungen haben gezeigt, daß Unterhaltungsprogramme am beliebtesten sind.

Die Diskussion der Fachleute über die Besonderheiten der einzelnen Medien, die soziologischen Untersuchungen haben seit 1965 wissenschaftlichen Charakter. Man kann dies in der Fachzeitschrift „Westnik der Moskauer Universität. Journalistik“ verfolgen. Das Interesse der Partei gilt vor allem der Frage, wie man diese Erkenntnisse zur Verbesserung der Wirksamkeit der Medien einsetzen kann. Die Kombination von Disziplinierung und Verbesserung erforderte eine verbesserte Journalistenausbildung. Der ZK-Beschluß vom Jahr 1975, der eine verbesserte Aus- und Fortbildung der Journalisten forderte, wollte Theorie plus Praxis plus richtiges Bewußtsein plus Könnerschaft. 1975 wurden an 20 Universitäten und 8 Parteihochschulen und anderen Hochschulen Journalisten ausgebildet.

Die Filmzensoren wurden nach Chruschtschow wieder schnittfreudiger, insbesondere bei den Fernseh-Inland-Streifen. „Weil die Zuschauer über die fast 50 Millionen Bildschirme wenig spannende Unterhaltung serviert bekommen, gehen täglich noch rund 15 Millionen Sowjetbürger ins Kino“, berichtet Lathe aus Moskau⁷. Ein ZK-Beschluß (Prawda, 22. 8. 1972) forderte eine Verbesserung der Filmproduktion: „Einigen Kinofilmen fehlt die geistige Zielstrebigkeit, das eindeutig klassenbedingte Herangehen zur Aufdeckung von Erscheinungen im gesellschaftlichen Leben.“ So ist es nicht verwunderlich, daß z. B. Tarkowskis „Rubljow“-Film in Moskau nur kurz gezeigt wurde, daß Stalin in Oserows Filmserie „Die Befreiung“ wieder zu sehen war. Andererseits gab es interessante Filme wie Schuschkins „Rote Mehlbeere“ und aus den asiatischen und kaukasischen Studios. Allein an der Moskauer Kino- und Fernsehuniversität studieren rund 840 Studenten (plus 600 Fernstudenten). Die sowjetischen Studios stellen jährlich etwa 140 Langspielfilme her.

Die schrittweise Rehabilitierung Stalins, die Verhaftung und Aburteilung von Dissidenten, die Verschärfung des Strafgesetzbuchs der RSFSR, Breschnews warnender Hinweis auf die „Zuspitzung des ideologischen Kampfes“ erreichten nur teilweise die gewünschte Einschüchterung. 1968 erschien nicht nur Sacharows „Memorandum“, son-

dern auch die erste Nummer der „Chronik der laufenden Ereignisse“ im Samisdat. Kleinere und größere Protestaktionen bedrängter Gruppen nahmen zu. Samisdat breitete sich aus. Hier sollen nur die „Chronik der litauischen katholischen Kirche“ und die Samisdattexte des „Menschenrechtskomitees“ erwähnt werden. Die Zahl der Dissidenten in der UdSSR ist klein, ihre Texte erreichen nur einen Bruchteil der Bevölkerung. Aber das Monopol der Partei, darüber zu entscheiden, was wichtig und wahr ist, wurde und wird durch sie in Frage gestellt. Diese dissidente Form politischer Kommunikation kann auch durch selektiven Terror nicht mehr beseitigt werden.

Die sowjetischen Machthaber hatten immer Angst vor Informationen aus der „kapitalistischen Welt“. Die Differenzen im kommunistischen Bereich erschwerten seit 1948 die Situation. Nun mußte man auch die Informationen aus Jugoslawien, der Volksrepublik China, der Tschechoslowakei, der italienischen und französischen Kommunisten zensieren. Der Schock über die tschechoslowakischen Kommunisten, die 1968/1969 das Informations- und Meinungsmonopol der Partei preisgaben, hält bis heute an. Die Ostverträge (seit 1970) schienen Möglichkeiten für einen besseren Informationsfluß zu gewähren. Bereits der XXIV. Parteitag der KPdSU (1971) zeigte jedoch neue Angstreaktionen, die sich in einer Kampagne gegen westliche Rundfunksendungen äußerten. 1972 begannen in Helsinki die Vorbereitungen der KSZE-Akte. Während von westlicher Seite der Korb 3 gefordert wurde, verstärkte die UdSSR ihren Kampf gegen die „antikommunistische, ideologische Diversion“.

Nach der Unterzeichnung der KSZE-Akte im Jahr 1975 gerieten die sowjetischen Machthaber in eine Klemme. Sowohl sowjetische Dissidenten wie „kapitalistische Medien“ und Organe ausländischer Kommunisten warfen der Sowjetunion vor, sie behindere einen freien Informationsfluß. Die erste sowjetische Reaktion war eine Propaganda-Welle, die die kapitalistischen Staaten der „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ und des „elektronischen Imperialismus“ bezichtigte. In einer zweiten Reaktion warf man den kapitalistischen Staaten vor, ihrerseits den Informationsfluß zu behindern. Schließlich – das ist der gegenwärtige Stand – ging man zum Gegenangriff über, zum „Beweis“, daß es in den kapitalistischen Staaten gar keine Freiheit, d. h. auch keine Informations- und Meinungsfreiheit, gibt.

Werfen wir wieder einen Blick auf das Umfeld: Die Lage der religiösen Gruppen hat sich weiter verschlechtert. Die orthodoxe Kirche hat inzwischen weiter etwa 3000 Kirchen verloren. Besonders die Gruppe der Initiatiwniki unter den Evangeliumschristen-Baptisten wird bedrängt. Das neue sowjetische Religionsgesetz (1975) hat den winzigen Freiheitsraum der religiösen Gruppen weiter eingengt. Die Beschränkung der literarischen Freiheit wurde weltbekannt durch die Kampagne und die Zwangsausweisung Solschenizyns. Das neue Wehrpflichtgesetz (1967) verpflichtet die Jugendlichen zur vormilitärischen Erziehung, damit auch zum „wehrpatriotischen Unterricht“. Schul- und Familienprobleme, d. h. Berichte über falsche Erziehungsmethoden, erschienen regelmäßig sogar in „Prawda“ und „Iswestija“. In Tendrjakows Roman „Die Nacht nach der Entlassung“ (Frankfurt 1976) läßt er eine Schülerin bei

der Schulentlassung sagen: „Die Schule hat mich gezwungen, alles, was sie sollte, zu lernen und zu wissen. Nur eins hat sie mich nicht gelehrt, selbständig zu urteilen, zu wissen, was mir gefällt, was ich liebe, was ich selber will.“ In einer sowjetischen Broschüre für Jugendliche klingt das so: „Wahrhaft zeitgemäß sein, das bedeutet, sich unversöhnlich gegenüber allem zu verhalten, was unsere Vorwärtsbewegung zur Errichtung des Kommunismus behindert, das bedeutet, ein echter Bürger seines sozialistischen Vaterlandes zu sein.“⁸

Über den selektiven Terror berichtete der Systemkritiker Bukowski auf einem Podiumsgespräch in Frankfurt: „Für die Opposition im Land habe die offizielle Doktrin nur zwei Erklärungen. Entweder sei sie durch ‚Bestechung von seiten ausländischer Imperialisten‘ hervorgerufen oder durch Geisteskrankheit. Erscheine es den Behörden ratsam, einen Oppositionellen nicht nach der ersten Kategorie verurteilen zu lassen, so werde er in eine Zwangspsychiatrie eingewiesen, aus der er normalerweise erst entlassen werde, wenn er von seiner ‚Krankheit‘, d. h. von seiner Überzeugung, ‚geheilt‘ sei“ (Aachener Kirchenzeitung, 6. 2. 1977).

Das „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Marx und Engels (1848) beginnt mit dem bekannten Satz: „Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dieses Gespenst verbündet.“ In satirischer Abwandlung dieses Satzes kann man heute behaupten: „Ein Gespenst geht um in Osteuropa – das Gespenst der Informations- und Meinungsfreiheit. Alle Mächte der alten Herrschaftsordnung haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet.“

ANMERKUNGEN

¹ G. Kunicyn, W. I. Lenin o partijnosti i svobode pečati (Moskau 1971) 3.

² H. Koschwitz, Pressepolitik und Parteijournalismus in der UdSSR und der Volksrepublik China (Düsseldorf 1971) 17.

³ H. Reimann, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Bd. 3 (Freiburg 1969) 723 ff.

⁴ Mnogonacionalnaja sovetskaja žurnalistika (Moskau 1975) 25.

⁵ I. Deutscher, Stalin (Stuttgart 1962) 588.

⁶ G. D. Hollander, Soviet Political Indoctrination (London 1972) 21.

⁷ H. Lathe, Wie lebt, was denkt der Sowjetbürger? (Düsseldorf 1975) 183.

⁸ V. Lisovskij, Čto značit byt' sovremennym (Moskau 1976) 155.